Prüfantrag an den Landrat

Kreistags-Linke fordert Beratungsstelle für Erstberatung bei psychischen Problemen

Mittwoch 11. August 2021 - **Hameln (wbn). Die Einrichtung einer Beratungsstelle für Erstberatung bei psychischen Problemen fordert die Fraktion der Linken im Kreistag Hameln-Pyrmont.**

Die Versorgungslage bei psychischen Problemen, besonders bei Kindern und Jugendlichen sei zur Zeit schlecht. Darauf weisen die Linken im Kreistag in einem Prüfantrag hin. Das beträfe sowohl die Psychotherapie als auch das schulpsychologische Angebot des Landes. Insgesamt müssten Betroffene immer längere Wartezeiten hinnehmen, wenn sie Hilfe benötigen.

Fortsetzung von Seite 1

Um dem entgegenzusteuern, schlagen die Linken eine Erstberatungsstelle beim Landkreis für Schülerinnen und Schüler mit Problemen mit schulischem Bezug vor. Eine solche regionale Erstberatungsstelle könne übergangsweise aus öffentlichen Mitteln und notfalls mit Sponsoring finanziert werden.

An den Landrat hat die Fraktion folgende Fragen gerichtet:

1. Gib es Überlegungen auf der Seite des Landkreises ein solches Beratungsangebot ins Leben zu rufen?

2. Welche Möglichkeiten gibt es, für ein solches öffentliche Mittel oder einer anderen Organisation (Wohlfahrtsverbände/Sponsoring etc.) einzuwerben?

3. Welche konkreten Projekte gibt es dazu in Niedersachsen, die unserer Region als Vorbild dienen könnten?

4. Wie hoch sind die Kosten für die Einrichtung einer solchen zusätzlichen Beratungsstelle?

5. Welche Ressourcen könnte der Landkreis in ein solches Projekt einbringen?

Fraktionschef Peter Kurbjuweit erklärt:

„Schulpsychologische Beratung ist gesetzliche Aufgabe des Landes. Das Land kommt hier jedoch seiner Pflicht nicht nach. Schulpsychologen in Hameln-Pyrmont sucht man vergebens. Dieses Defizit darf aber nicht zu Lasten von Kindern und Jugendlichen gehen. Deshalb sollte der Landkreis übergangsweise selbst eine Erstberatungsstelle anbieten.“

Dr. Matthias Loeding ergänzt: „Die Einschränkungen sowohl im schulischen wie im privaten Bereich lassen erwarten, dass dies nicht ohne psychische Folgen für viele Kinder und Jugendliche bleiben wird. Das problematisieren auch Psychologen, Ärzte und Pädagogen. Wir müssen deswegen befürchten, dass sich die Krise auch auf die Bildungskarriere von Kindern und Jugendlichen auswirken wird“